



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Klassenfinanz.

Ein Rückblick auf die Arbeit des Reichstags.
Von Franz Caustkötter, M. d. R.

Das Deutsche Reich als Staatswesen hat sich eine Verfassung gegeben, deren Grundlage die Sozialgerechtigkeit sein soll. Der soziale Charakter der Gesetzgebung und Verwaltung wird überall in den Vordergrund gedrängt: auf dem Gebiete des politischen und wirtschaftlichen Lebens so gut wie auf dem Gebiete des Familien- und Gemeinschaftslebens soll der Staat sein Tun und Lassen nach sozialen Gesichtspunkten einrichten, er soll so handeln, wie es dem Wesen einer Volksrepublik entspricht. Leider sind diese Forderungen bislang nicht verwirklicht worden, die stehen einseitigen noch auf dem Papier. Unser Staat ist noch lange keine Republik, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, in der die soziale Demokratie das Szepter führt, er ist vielmehr ein ausgeprägter Klassenstaat, in der eine verhältnismäßig kleine Zahl von Geldfürsten herrscht. Der Geldsack sitzt auf dem Throne, er hat die Rinde der Gesetzgebung in der Hand und in den Verwaltungen übt er den ausschlaggebenden Einfluß aus. Er ist hierzu imstande, weil er durch seine Goldknechte in der Presse die öffentliche Meinung verfälscht, weil er die Wahlen beeinflusst, weil er die Volksseele vergiftet. Es ist noch ein weiter Weg von dem autokratischen Fürsten- und Obergeistlichen zum demokratischen Volksstaat, weil sich der plutokratische Geldsack als Damm und Wall dagegen geschoben hat. Erst wenn dieses Hindernis beseitigt sein wird, wird das Ziel erreicht sein, das der Sozialismus erstrebt.

Der Klassencharakter unseres Staates zeigt sich darin, daß die Angehörigen der bestehenden Klassen immer und überall bevorzugt, daß aber die Angehörigen der besitzlosen Klassen in jeder Beziehung zurückgesetzt und benachteiligt werden. Im Gebiete des Gemeinschaftslebens, des Bildungswesens, der Justiz und der Finanzen tritt dieser Klassencharakter unüberhüllt zutage. Wer mit offenen Augen in unser öffentliches Leben blickt, der sieht, daß die Klassenunterschiede in wirtschaftlicher, sozialer, rechtlicher und kultureller Beziehung unserm Staatswesen den Stempel aufdrücken, daß nirgends von einer Sozialgerechtigkeit die Rede sein kann. Die Unterdrückten sind von jeher im Staate zurückgesetzt worden, sie erfahren auch heute noch eine offene oder versteckte Zurücksetzung. Wir müssen von einer Klassenschule und von einer Klassenjustiz sprechen, darüber dürfen wir aber nicht die Klassenfinanz vergessen. Gerade in den letzten Monaten und Wochen hat sich deutlich gezeigt, daß unser Finanzwesen einen Klassengeist atmet, wie er schroffer nicht gedacht werden kann. Alle finanziellen Maßnahmen laufen darauf hinaus, die Unterschichten zu belasten und zu verarmen, dagegen die Oberschichten zu entlasten und zu bereichern. Der Fiskus hat seinen Klassencharakter in seiner ganzen Scheußlichkeit enthüllt. Diese Tatsache kann niemand bestreiten, der die Reichstagsverhandlungen aufmerksam verfolgt hat, der es versteht, den Kern einer Sache aus all dem rednerischen und agitatorischen Beiwerk herauszuschälen. Unser Finanzwesen ist ausgesprochen klassenmäßig unsozial oder vielmehr antisozial, weil es in jeder Beziehung die menschliche Arbeitskraft, die Quelle unseres Wohlstands und unsrer Kultur, mit drückenden Lasten belegt, weil es das Arbeitseinkommen in der schärfsten Weise den Steuern heranreißt, während es andererseits den Besitz und das aus dem Besitz entspringende Einkommen äußerst schonend behandelt. Und dabei steht in der Reichsversammlung der Satz, daß die Arbeitskraft den besonderen Schutz des Staates genießen soll. Dieser Satz klingt geradezu als eine Beköhnung, wenn man die finanziellen Hebeln des Deutschen Reiches auf dem Gebiete der Steuer- und Zollpolitik beobachtet.

Das Finanzwesen des Deutschen Reiches, wie jedes anderen Staates, beruht auf dem Staatshaushalt, der die Einnahmen und Ausgaben umfaßt. Ein jeder Staat hat Aufgaben zu erfüllen, die mit Gelbaufwendungen verknüpft sind, und er

muß sich deshalb die nötigen Einnahmen verschaffen, um diese Ausgaben zu decken. Die Finanzkunst besteht nun darin, ein Gleichgewicht zu erreichen zwischen Einnahmen und Ausgaben. Ist dieses Gleichgewicht gestört, so daß die Ausgaben die Einnahmen wesentlich übersteigen, so müssen Maßnahmen getroffen werden, um einen Ausgleich zu erzielen, falls nicht eine Schuldenwirtschaft getrieben werden soll, die letzten Endes zum Zusammenbruch des Staates führen muß. Zum Zweck des Ausgleichs gibt es nur zwei Mittel und Wege: entweder müssen die Ausgaben eingeschränkt, es muß also gespart werden, oder es müssen neue Einnahmequellen eröffnet werden. Bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Deutschen Reiches hat die Regierung beide Wege eingeschlagen, sie knirscht und knappt an allen Ecken und Enden und andererseits sucht sie sich neue Einnahmequellen zu erschließen. Der Fiskus, der selbst bei den dringendsten Ausgaben die Taschen zutröpft, wobei er auf den Lieberfuß an Geldmangel hinweist, derselbe Fiskus geht umher wie ein brüllender Löwe und sucht, was er versteuern und verzollen könnte. Bezeichnenderweise betätigt er sich nach beiden Richtungen hin als der Vertreter antisozialer, kapitalistischer Interessen.

Zweifellos spart das Deutsche Reich an verkehrter Stelle. Wenn es sich darum handelt, dringende Aufgaben zu erfüllen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der Kulturpolitik, so ist nicht genügend Geld vorhanden. Das Deutsche Reich, das sich in der Verfassung so herrliche Ziele gesetzt hat, tut viel zu wenig für die Volksgesundheit und die Bekämpfung der Volkstrankheiten, für Säuglingschutz und Jugendfürsorge, für die Unterstützung der schwächeren Frauen und der Wöchnerinnen, es hat kein Geld, um den Erwerbslosen, den Kranken, den Invaliden, den Altersrentnern eine ausreichende Unterstützung zu gewähren, es benimmt sich geradezu schofel gegen die Opfer des Krieges, gegen die Kriegsveteranen, die Kriegserwitwen und Kriegerväter, wenn es sich nicht ausnahmsweise um höhere Militärs handelt. Der Dank des Vaterlandes, der den Kriegsoffizieren gewiß war, steht in der Wirklichkeit sehr jämmerlich aus. Auch für Bildungs- und Erziehungszwecke fehlt es an Geld oder vielmehr an dem erforderlichen guten Willen, dagegen ist für Pferde-remmen noch immer genügend Geld da. Der Unterschied zwischen den Gehältern und Pensionen der Oberbeamten und denen der Unterbeamten und Arbeiter wirkt geradezu aufreizend. Nicht minder hat sich beim Abbau der antisoziale Charakter unseres Fiskus geoffenbart: die Oberbeamten blieben ruhig und ungeschoren in ihren warmen Postersesseln sitzen, mochten sie auch noch so überflüssig sein, die Unterbeamten, die Angestellten und Arbeiter wurden massenhaft auf die Straße geworfen und mit einer geringen Entschädigung abgepeißt. Die Aufwertungsfrage hat sich zu einem wahren Standal entwickelt: die Haus- und Grundstücksbesitzer wurden geschont, die Hypothekeneinhaber betamen 25 Proz. Aufwertung, die kleinen Sparer, die ihr Geld auf die Sparkasse getragen oder in Kriegsanleihen angelegt hatten, wurden für ihr Vertrauen und ihre Waterlandsiebe dadurch belohnt, daß man ihnen ein paar Bettelgroßen hinwarf. „Der Staat hat kein Geld“, so hieß die stehende Redensart, aber als die beutegierigen Ruhrindustriellen bittend und bettelnd die Hand ausstreckten, zahlte man ihnen großmütig 750 Millionen Mark aus. Wer hier nicht stuhig wird und das Unrecht wittert, dem ist überhaupt nicht zu helfen.

Ein äußerst interessantes Kapitel ist unsre neueste Steuerpolitik. Wer den Staatsgedanken beachtet, das heißt wer den Staat als eine Notwendigkeit, wenn auch nur als ein notwendiges Übel anerkennt, der muß das Steuerrecht des Staates und die Steuerpflicht der Staatsbürger anerkennen. Die allgemeine Steuerpflicht schließt den Grundsatz der Steuergerechtigkeit in sich, was folgen will: Jeder Angehörige und Bewohner des Staates muß zu den Steuerlasten beitragen, aber nur nach seiner Leistungsfähigkeit. Die Steuern sollen ge-

recht verteilt, sie sollen auf die tragfähigsten Schultern gelegt werden. Folglich muß das Existenzminimum um freibleiben, denn wer nur so viel verdient, wie er unbedingt für sich und seine Familie zum Lebensunterhalt nötig hat, der kann und soll keinen Pfennig Steuern zahlen. Dagegen darf es keine Steuerfreiheit mehr geben für einzelne Personen oder Gruppen, auch nicht für einen Teil ihres Besitzes und ihres Einkommens. Gegen diesen Grundsat der Steuergerechtigkeit verstößt der Fiskus aufs schwerste. Die Verhandlungen im Reichstage haben gezeigt, daß Regierung und Regierungsparteien mit Erfolg bemüht gewesen sind, das steuerfreie Existenzminimum möglichst niedrig zu halten, während man andererseits die Grenze des steuerfreien Einkommens der Angehörigen der besitzenden Klassen in die Höhe geschraubt hat. Bei den Verbrauchs- und Berkehrssteuern bemerkt man denselben antisozialen Zug. Die Salzsteuer soll 1½ Pf. für das Pfund, die Zuckersteuer 10½ Pf. für das Pfund, die Zündholzsteuer soll ½ Pf. für jede Schachtel betragen. Da bekanntermaßen die Groß- und Kleinhändler, die die Steuern auslegen müssen, die Steuern nach oben abrunden, so ist die Verteuerung dieser notwendigen Lebensmittel noch bedeutend höher, als die eigentliche Steuer beträgt. Dadurch werden besonders die kinderreichen Familien am schwersten betroffen, da sie von den Massenartikeln verhältnismäßig viel mehr gebrauchen als die reichen, kinderarmen Familien. Und dabei steht in der Reichsverfassung, daß die kinderreichen Familien vom Reichsgeld besonders geschützt werden sollen. Auch bei der Einkommensteuer zeigt sich das gleiche Bild; ebenso bei der Besitzsteuer. Das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger wird in vollem Maße herangezogen, weil es durch die Lohn- und Gehaltslisten genau zu erfassen ist, das Einkommen der besitzenden Klassen, der Gutsbesitzer, Industriellen, Kaufleute usw. läßt sich nicht genau bestimmen und deshalb haben diese Leute die Möglichkeit, die Gewinne zu verheimlichen und den Staat um die Steuer zu betrügen. Von dieser Möglichkeit machen sie den weitgehendsten Gebrauch, ihre Steuerermoglichkeit stinkt geradezu zum Himmel, und die Folge davon ist, daß die Unterschichten die meisten Steuern aufbringen müssen. Das Deutsche Reich hatte im vergangenen Jahre einen Steuerüberschuß von 2 Milliarden Mark, wovon mehr als 1½ Milliarden aus den Massensteuern stammen. Die Steuerdrückeberger verstehen es vortrefflich, ihren Besitz und ihr Einkommen nach unten abzurunden, und der Steuerfiskus drückt gnädigst ein Auge, und, wenn es sein muß, zwei Augen zu. Deshalb bringt die Erbschaftsteuer in Deutschland so wenig ein. So haben zum Beispiel die Nachkommen von Hugo Stinnes ein Riesenerbvermögen geerbt, ohne auch nur einen Pfennig Steuern zu zahlen. Um die Steueremoral der besitzenden Klassen zu heben, hatte die Sozialdemokratie im Reichstage beantragt, daß die Steuerlisten zwecks Kontrolle öffentlich ausgelegt werden sollen, doch wurde dieser Antrag durch die Mehrheitsparteien abgelehnt. Hingewiesen sei noch auf die Mietssteuer, die im letzten Jahre dem Fiskus 982 Millionen Mark eingebracht hat. Sie soll nun derart erhöht werden, daß sie 2½ Milliarden, also fast das Dreifache, bringt. Wenn man noch die fortwährenden Erhöhungen der Mieten berücksichtigt, so kann man sich ungefähr ein Bild machen, wie die Mieter demnachst geschöpft werden.

Die neuen Zölle offenbaren ebenfalls den Klassencharakter unseres Finanzwesens, da sie planmäßig darauf eingestellt sind, die Besitzlosen auf Kosten und zum Vorteil der Besitzenden aufs Schwerste zu belasten. Sie verfolgen bekanntlich einen doppelten Zweck: sie soll dem Staate Geld einbringen (Finanzzölle) und sie sollen die inländischen Erzeugnisse gegen die Konkurrenz des Auslandes schützen (Schutzzölle). Dies ist aber nur dann möglich, wenn sie nicht nur die Preise der Auslandswaren, sondern auch die der Inlandswaren in die Höhe treiben. Eine ungeheure Verteuerung aller Verbrauchs- und Lebensmittel wird die Folge der Zollgesetzgebung sein, und es sich auch hier vorwiegend um Massenartikel handelt, so müssen die besitzlosen Schichten am meisten

bluften. Sie müssen vorwiegend die Zölle auf Mehl, Fleisch, Fett, Petroleum, Reis usw. tragen, und sie werden schon in aller nächster Zeit an ihrem Geldbeutel und an ihrem Körper merken, welche Suppe ihnen Regierung und Regierungsparteien eingebracht haben. Allerdings behaupten die Zollwächter mit gläsernen Worten, die Massen müßten die neuen Lasten auf sich nehmen, um Landwirtschaft und Industrie existenzfähig zu erhalten. Dabei sind alle unparteiischen Sachverständigen übereinstimmend der Überzeugung, daß die deutsche Wirtschaft keines Schutzes bedarf, wenn sie nur in rechter Weise betrieben wird, ja sie behaupten sogar, daß die Schutzzölle unsere Wirtschaft schädigen werden, weil sie eine Brämie seien auf Bequemlichkeit und Rückschüchtigkeit. Ein hervorragender Zentrumsabgeordneter, Dr. Wirth, hat sich sogar zu der Aeußerung verließen, die Zölle würden einen Ausgleich schaffen zwischen Arbeitern und Produzenten. Das ist in Wahrheit ein Ausgleich wie zwischen Knüppel und Hund, um ein Wort Onkel Bräutigam zu gebrauchen, denn dieser Ausgleich bedeutet, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Zölle bezahlen, und daß die Großhändler und Großindustriellen — denn die Kleinen haben nichts davon — die Zollerträge in die Tasche stecken, nachdem der Fiskus sich seinen Anteil vorweggenommen hat. Bei den Zöllen teilen sich Staat und Großkapital den Raub, woraus sich die Tatsache erklärt, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien im Reichstage so einträchtig zusammenarbeiten. Diese staatslich konfessionierte Klassenfinanz bedeutet zweifellos ein großes Unglück für Deutschland. Die neuen Steuern und Zölle werden mit Notwendigkeit die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung herabdrücken und damit die Gesundheit, das Wohlbefinden, die Arbeitsfreudigkeit und die Leistungsfähigkeit des Proletariats schwer beeinträchtigen. Aber was ist dagegen zu machen, alle Gründe und Beweise sind wirkungslos, der Steuermoloch will sein Opfer haben und die Hochfinanz fordert höhere Gewinne.

Das finanzielle Unglück, das über Deutschland hereinbrechen wird, ist zurzeit unabwendbar, denn das deutsche Volk hat keine Möglichkeit, es abzuwenden. Wer möchte aber bestreiten, daß es nicht ohne Schuld ist an seinem Unglück? Wenn die übergroße Mehrheit der Wähler und Wählerinnen, auch der proletarischen, heute im Reichstag schickt, die kapitalistische Interessen vertreten, so darf das Volk sich nicht wundern, wenn es immer mehr geschröpft wird. Die falsche Wahl ist die Ursache der falschen Finanzpolitik. Darum gilt es politische Klärung zu schaffen, damit die nächste Wahl anders ausfällt als die vorhergegangene.

Reichsarbeitsministerium und Unternehmerschutz.

An der Spitze der deutschen Sozialbehörden steht das Reichsarbeitsministerium. Es wurde geschaffen, nicht nur um die Sozialpolitik des Reiches in einer Hand zu vereinigen, sondern auch zum Ausdruck zu bringen, daß diese in der Republik eine höhere Bedeutung erlangen soll als unter dem alten Regiment. Daß die dem Reichsarbeitsministerium zugewiesene Aufgabe eine schwierige sein muß, war von vornherein klar, denn nirgends stehen sich die Gegensätze so scharf gegenüber als auf sozialpolitischem Gebiete. Auf der einen Seite drängen die Arbeiter auf Ausgestaltung der sozialen Einrichtungen, auf Erweiterung ihrer Rechte, Schutz vor der kapitalistischen Ausbeutung, auf der anderen stemmen sich die Unternehmer allen diesen Forderungen entgegen, unaufhörlich bemüht, den sozialen Fortschritt aufzuhalten und ihn in eine rückläufige Bewegung umzuwandeln. Am schwierigsten gestaltet sich die Stellung des Reichsarbeitsministeriums auf dem Gebiete des Arbeitsrechts. Hier sind die Gegensätze am schärfsten.

Ferienheime für die Jugend.

Unsere letzte Jugendkonferenz in Hamburg hat sich u. a. mit der Anregung beschäftigt, ein Ferienheim für die Jugend der Gewerkschaften zu schaffen. In der Aussprache wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften nicht nur jugendliche Mitglieder haben, diese also nicht benutzungen können. Die erwachsenen Arbeiter kommen mehr und mehr in den Genuß regelmäßiger Sommerferien und damit entfällt auch für sie das Bedürfnis nach Orten, in denen für wenig Geld die kurze Urlaubszeit angenehm verbracht werden kann. Den Gewerkschaften war es bisher nicht möglich, aus ihren laufenden Einnahmen Aufwendungen dafür zu machen; denn alle Kräfte werden noch immer für den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gebraucht. Unter diesen Umständen ist es erforderlich, feststellen zu können, daß durch den Unternehmungsgeist und die persönliche Opferwilligkeit einiger kaufender Arbeiter bereits ein Anfang mit der Schaffung solcher Heime gemacht werden konnte. Die Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ mit dem Sitz in Venedig ist seit einer Reihe von Jahren als Zusammenfassung dieser Bestrebungen tätig und kann heute bereits über sechs Ferienheime und vier Wanderherbergen berichten. Die Ferienheime sind bisher nur in Sachsen und Thüringen gelegen; das Lebensnadeln kostet dort 60 bis 75 Pfennige für die Nacht, auch die Verpflegung kann billig beschafft werden. Erhält dieses genossenschaftliche Werk in stärkerem Maße die Unterstützung der Arbeiterchaft, besonders der jüngeren, wanderlustigen Elemente, so wird das Netz der Heime sicher erheblich vergrößert werden können. Ueber die Notwendigkeit, solche Ferienunterkünfte zu schaffen, besteht keine Meinungsverschiedenheit. Die praktische Verwirklichung unserer Wünsche ist jedoch nicht so einfach; denn auch bei starker Beteiligung der Arbeiterchaft kann auf dem Weg der Selbsthilfe, wie ihn die erwähnte

Mit der Einführung der Schlichtungsordnung und der durch sie herbeigeführten Möglichkeit, Zwangsarbeits zu schaffen, steht das Reichsarbeitsministerium im Mittelpunkt fast aller größeren Lohnkämpfe und fällt ihm die Aufgabe zu, zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln, direkt oder indirekt zu entscheiden. Wie diese Entscheidung auch ausfällt, stets ist es Angriffen ausgelegt, am meisten von den Unternehmern. Das hätte nicht allzuviel zu bedeuten, wenn das Reichsarbeitsministerium sich bei seiner Stellungnahme nur von objektiven sozialen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten ließe. In diesem Falle würden die Angriffe sehr bald verflümmen.

Die deutsche Wirtschaft liegt noch immer danieder. Wie die Handelsstatistik beweist, ist sie überwiegen auf den Innereinsatz angewiesen. Dieser ist infolge der geschwächten Kaufkraft der Verbraucher, besonders der Arbeiter, Angestellten, unteren und mittleren Beamten, verhältnismäßig gering. Die Löhne und Gehälter dieser Verbrauchergruppen reichen nur zur Deckung des notwendigen Bedarfs aus, für höhere Ansprüche bleibt nichts übrig. Den Innereinsatz zu heben, bleibt deshalb eine der volkswirtschaftlich wichtigsten Aufgaben. Ihre Lösung kann nicht durch weitere Verteuerung der Warenpreise oder Lohnherabsetzung, sondern nur durch Steigerung der Produktion und Senkung der Preise erfolgen. Dieser Auffassung trägt die von der Reichsregierung angekündigte Preisentlastungsaktion in gewisser Umsange Rechnung. Die Unternehmer sind anderer Ansicht und bestrebt, die Preisentlastung lediglich auf Kosten der Arbeiter und Angestellten vorzunehmen. Trotz niedriger Löhne haben sie durch ihre Kartellpolitik die Preise hinausgetrieben, teilweise über den Weltmarktwert hinaus. Die Preise auf diesem Niveau zu halten, sind die Unternehmer nach Kräften bemüht, woran sie sich durch die von dem Reichstagler angekündigte Preisentlastungsaktion nicht beirren lassen.

Daß die Antikündigung der Preisentlastungsaktion von den Arbeitern mit größtem Mißtrauen aufgenommen wurde, kann bei der engen Verbindung zwischen Reichsregierung und Unternehmern nicht verwundern, ist doch genügend bekannt, welchen Kräften und Einflüssen erstere ihr Dasein verdankt. Diese Einflüsse machen sich seit langem auch im Reichsarbeitsministerium bemerkbar, was in steigendem Maße dazu beitrug, das Vertrauen der Arbeiter in diese Stelle herabzusetzen. Wie stark sie sind und wie sehr sich das Reichsarbeitsministerium diesen Einflüssen unterworfen hat, geht aus einer von dem Vertreter der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände Dr. Weislinger unter dem 10. August d. J. versandten Aktennotiz hervor, die in Nr. 39 der „Gewerkschaftszeitung“ veröffentlicht wird.

Die in Frage kommende ziemlich lange Aktennotiz hat eine vertrauliche Unterredung des Unternehmervertreters mit dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Sighler und Ministerialrat Wees, zum Gegenstand. Es wird darin mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsministerium bereit sei, den Wünschen der Unternehmer auf Wiederherstellung der Arbeiterlöhne weitgehend zu entsprechen. Besonders wurde eine dahingehende Zusage für die Festlegung der damals strittigen Bauarbeiterlöhne gegeben. Weiter meldet Herr Dr. Weislinger, daß in der Beurteilung der Lohn- und Wirtschaftsfrage zwischen ihm und den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums eine „restlose Ueber-einstimmung“ bestand, sowie daß Dr. Sighler sich gelegentlich einer Schlichtungskonferenz in Kassel in diesem Sinne geäußert habe. Doch noch mehr! Dr. Sighler habe — wenn auch in vorläufiger Weise — mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsministerium beabsichtige, in der Folge voll den Mittel der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchern so gut wie keinen Gebrauch mehr zu machen, um bei einer künftigen Abänderung des Schlichtungswesens den Eindruck zu vermeiden, als würde durch die Mobilisierung der Bedingungen der Verbindlichkeitsklärung dem Reichsarbeitsministerium ein wichtiges Recht entzogen. Ferner habe Dr. Sighler erklärt, daß es für das Reichsarbeitsministerium ganz ausgeschlossen sei, mit Eintritt der spätestens im Oktober d. J. eintretenden Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Tendenz des Lohnabbaus durch das Mittel des staatlichen Tarifzwangs entgegenzuwirken.

Doch es kommt noch besser! Dem Reichsarbeitsministerium liegt daran, den Schein der Unabhängigkeit zu wahren. Die Arbeiter sollen nicht erfahren, daß es mit den Unternehmern in der Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter einig sei. Deshalb sollen die Unternehmer ihre Angriffe gegen die vom Reichsarbeitsministerium verfolgte

Politik und ihren Druck auf Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung nicht ruhig überlassen, wenn die Verbindlichkeitsklärung ausfallen. Diese Tatheit soll den Eindruck vermeiden, als habe das Reichsarbeitsministerium dem Drängen der Unternehmer nachgegeben. Ferner wurde den Unternehmern Vorzicht im schriftlichen Beseitigen und im übrigen die von dem Reichsarbeitsministerium den Schlichtern gegenüber bestellte mündliche Information empfohlen. Desgleichen erhielt Dr. Weislinger die beruhigende Versicherung, daß das Reichsarbeitsministerium bemüht sein werde, die Regelung der Arbeitsfrage mit allen Mitteln in die Länge zu ziehen.

Was wollen die Unternehmer mehr! Das Reichsarbeitsministerium, das als führende soziale Stelle im Reich die Pflicht hat, die sozial Schwächeren zu fördern, hat sich vollständig den Unternehmern ausgeliefert, marschiert mit ihnen durch dick und dünn gegen die Arbeiter. Den Unternehmern wird in ihren Lohnabdrückungsbestrebungen nicht nur völlig freie Hand gelassen, sondern es wird ihnen dabei die weitestgehende staatliche Hilfe in Aussicht gestellt. Die Schlichtungswesen, das heißt Zwang dienen soll, wirtschaftliche Kämpfe zu verhüten, wird zur Farce gemacht. Man kann gegen die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchern Bedenken haben. Für gewisse Fälle ist sie aber zur Schlichtung von Arbeitskämpfen unentbehrlich. Ihr Wegfall — denn dieser soll herbeigeführt werden — macht das ganze Schlichtungswesen gegenstandslos. Die Unternehmer wissen nun, daß sie eine Verbindlichkeitsklärung nicht mehr zu fürchten haben. Auch in der Arbeitsfrage brauchen sie keine Besorgnisse zu haben, denn das Reichsarbeitsministerium stellt der unbegrenzten Ausbeutung der Arbeiter kein Hindernis in den Weg. In die Stelle des Arbeitsgesetzes tritt der Schutz der Unternehmer. Es fehlt nur noch eines: die Zerrüttrung oder Lähmung der Gewerkschaften.

Doch auch nach dieser Richtung werden von den Unternehmern die Vorarbeiten unterkommen. In einer an die Reichsregierung gerichteten Eingabe der deutschen Industriellen Bereinigung vom 11. September d. J. wird bereits die Forderung gestellt, wie gegen die Kartelle auch gegen die unbeschränkte Streikfreiheit der Arbeiter vorgehen. Ob dieser Wunsch der Unternehmer ebenfalls erfüllt wird, bleibt abzuwarten. Jedemfalls zeigen diese Vorgänge den Arbeitern, was ihnen droht, wenn sie nicht daraus die erforderliche Lehre ziehen und alles daran setzen, ihre Gewerkschaften so stark zu machen, um in den künftigen Wirtschaftskämpfen alle gegen die Lebenshaltung der Arbeiter gerichteten Angriffe siegreich abzuwehren zu können. M.

Die internationalen genossenschaftlichen Handelsbeziehungen.

bilden einen Teil der Antitrustvorlesung, welche Prof. Dr. p. Lotomianz an der Handelshochschule in Berlin gehalten hat. v. Lotomianz ist kein Beförderer, sondern eine anerkannte Autorität in der internationalen Genossenschaftsbewegung, für die er bereits 1910 an der Petersburger Handelshochschule und 1916 an der Postauer in Verbraucherdienste leitete, bis ihn die Sowjetregierung wegen nichtbeliebiger politischer Gesinnung außer Landes trieb.

Es ist ohne Zweifel als ein besonderes Charakteristikum der Genossenschaftsbewegung anzusehen, daß sie frühzeitig internationalen Umfang annahm und ihre Methoden, Grundsätze und Ziele in allen Ländern der Welt gleich sind. Sie stellt eine Parallele zur kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, deren Gesetze sie vertritt, indem sie wirtschaftssozialistisch, antikapitalistisch ist.

Dies kann nicht hoch genug eingeschätzt werden angesichts der Tatsache, daß man gegenwärtig in der ganzen Welt rund 400 000 Genossenschaften zählt mit einer Mitgliederzahl von rund 40 Millionen Familien, die mit ihrer Angehörigen rund 180 Millionen Menschen repräsentieren. Auf Deutschland entfallen davon 32 000 Genossenschaften mit etwa 6 1/2 Millionen Familien, wovon wiederum etwa 2000 Konsumgenossenschaften 4 1/2 Millionen Familien als Mitglieder zählen.

Diese organisierten erfahren Familieneinheiten sind wirtschaftlich auszuwerten, ist Sinn und Zweck von allen der Konsumgenossenschaften. Es geschieht innerhalb der einzelnen Häuser durch den Wareneinkauf der einzelnen Genossenschaften im großen und die Verteilung im kleinen

Genossenschaft geht, nur ein kleiner Teil des Notwendigen erreicht werden. In Oesterreich hat man durch die Alltagsarbeit von Krankentassen, Gewerkschaften, Gemeinden und dem Staat es fertig gebracht, muttergütliche Heime für die erholungsbedürftige Jugend zu schaffen. Was aber noch richtiger ist, je nach der vom Arzt bescheinigten Erholungsbedürftigkeit erhalten die Beherlung oder jugendlichen Arbeiter vier bis sechs Wochen vom Arbeitgeber bezahlten Urlaub, um die Heime benutzen zu können. Und diese vorbildlichen Einrichtungen in ihrer Einzelheit zu hindern, wird demnach eine Abänderung des Ausschusses der deutschen Jugendverbände, zu der auch ein Vertreter des ADGB, gehören wird, eine Studienreise nach Oesterreich machen. Das Ergebnis dieser Studie werden hoffentlich die verantwortlichen Stellen in Staat und Gemeinden betraffen, mehr als bisher für die Gewährung von Ferien und auch für die Schaffung von Ferienheimen zu tun.

Worte und Wirklichkeit.

Der Schrift eines amerikanischen Sozialisten entnehmen wir folgende interessante Ausführungen: Wenn irgend jemand darüber redet, für den Glauben oder die Frage zu kämpfen oder einem Volke Freiheit und Zivilisation zu bringen, so kannst du sicher sein, daß diese Worte irgend etwas bedeuten, das der andere zu haben wünscht. Folgendes Geschehen zeigt das deutlich: „Ein kleiner Judenjunge prüfelte sich einst mit ein paar Straßengängen. Als sein Vater das Gebahr sah, rief er: „Gib den Kampf auf, Step.“ „Ach kann nicht, Vater“, rief der Kleine zurück, „sie schimpfen mich „Gemeine“, „Rummere dich nicht um das Schimpfen. Du warst ein Narr, dich in die Schlägerer einzulassen!“ „Die Jungs haben gesagt, ich bin ein Christenmörder.“ schrie Step, während

dem er weitere Hiebe empfing. „Was geht es dich an, was die Jungs sagen“, rief der alte Katon. „Aber Vater, ich kann nicht weg, denn ich stehe mit einem Fuß auf einem Nadel.“ kam es darauf von Steps geschwollenen Lippen.

Dieser Nadel unter Steps Füßen war die Grundursache des Kampfes zwischen ihm und den anderen Jungs. Und all die Entrüstung über „Chärlin“ und „Christenmörder“ war nichts als der ideologische Ausdruck für ein materielles Interesse.

Es ist dieselbe Gesichts mit den großen Jungs, die wir erwachsen „große Männer“ nennen. Wenn diese Leute reden über Kämpfe für Gerechtigkeit, Ruhm, die Frage, Obi Butterland — gib acht, ob du kein Nadel unter dem Fuß sehen kannst! Du wirst ihn stets dort finden können.

Der Goldmus.

Der Gold, d. i. der Mensch, der nicht an sein eigenes „Ich“ denkt, genießt kein besonderes Mißgeschick in der Arbeiterbewegung. Jede Arbeiterorganisation kann nur dann bestehen und erfolgreich wirken, wenn ihre Anhänger bereit sind, Opfer zu bringen, Solidarität zu üben, sich persönlich für Dinge einzusetzen, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, ohne daß sie dem einzelnen sofort materielle Vorteile bringen. Wer aber für den Aufstieg seiner Klasse kämpfen und Opfer bringen will, muß dazu in der Lage sein befähigt sein. Nicht nur Wissen, Erkenntnis und Begeisterung sind notwendige Voraussetzungen für die erfolgreiche Teilnahme an der Bewegung. Hinzu muß die Beherrschung bestimmter Fähigkeiten kommen, die die Möglichkeit geben, den Lebensunterhalt zu verdienen. Für den größten Teil unserer Jugend ist dies letztere eine Selbstverständlichkeit, sie nimmt

an die Mitglieder. Und in jedem Land hat sich die Mehrheit der Konsumgenossenschaften zu Großverkaufsgesellschaften zusammengefasst...

Diese Großverkaufsgesellschaften der Konsumvereine erschöpfen aber ihre Bedeutung nicht durch ihre Tätigkeit in den einzelnen Ländern der Welt...

Wie weit diese geschäftliche Verbundenheit schon gediehen ist, zeigt eine amerikanische Statistik, nach welcher die internationalen Handelsoperationen der europäischen Großverkaufsgesellschaften im Jahre 1923 einen Umsatz von über 140 Millionen Dollar...

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine steht ebenfalls im Geschäftsverkehr mit dem „Zentroljosus“, bei welchem sojuzugenen Waren gegen Waren eingetauscht wird...

Was nun den Anteil der Großverkaufsgesellschaften der Konsumvereine an der Wareneinfuhr ihrer Länder anbelangt, so liegen hierüber beachtenswerte Zahlen nur von England vor...

Im übrigen hat die Entwicklung der Großverkaufsgesellschaften der verschiedenen Länder allmählich zu dem Plane der Errichtung einer internationalen Großverkaufsgesellschaft geführt...

Dabei ist noch zu beachten, daß auch die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung sich international zu organisieren beginnt — Anzeichen, die für die weitere Entwicklung es mit dem Erwerb von Betriebsmitteln erfüllt...

Mancher junge Mann ist leicht geneigt, über die Beschäftigung mit politischen, wirtschaftlichen und philosophischen Fragen ganz zu vergessen, daß aller Philosophie voraus die Befriedigung der ursprünglichsten Bedürfnisse gehen muß...

Wer da glaubt, daß es genügt, als Lehrling nur im Betriebe berufliche Kenntnisse zu sammeln und die freie Zeit sämtlich für andere Dinge zu verwenden, der tut sich selbst und gleichzeitig seiner Klasse keinen guten Dienst...

Mit anderen Worten gesagt heißt das: Weibst immer mit den Füßen auf dem Erdboden, legt nicht alle Hoffnungen und Pläne auf ein unwahrscheinliches oder gar unmögliches Ziel...

des Genossenschaftswesens überhaupt und ihre gegenseitigen Beziehungen von höchstem Interesse sind. Denn die direkten Geschäftsbeziehungen zwischen genossenschaftlichen Verbraucher- und Erzeugerverorganisationen bilden mit einer der Voraussetzungen für die Herbeiführung eines volkswirtschaftlichen Zustand...

Und da dies vom Werden der nationalen Volkswirtschaften aus allein nicht erreicht werden kann, bilden die internationalen geschäftlichen Verbundenheiten von Großverkaufsgesellschaften der Konsumvereine einen außerordentlich wichtigen Bestandteil für die weitere Entwicklung der Genossenschaftsbewegung aller Länder der Welt.

Die Fachschule der amerikanischen Maschinenmeister.

Verbesserung des Druckes durch die Gewerkschaft.

Der Verband der Maschinenmeister Nordamerikas (International Printing Pressmen and Assistants Union) beschloß im Jahre 1911, zu seinem Teil an der Erhöhung der industriellen Erzeugnisse und der Verbesserung von Menge und Güte der Ergebnisse mitzuwirken...

Den Überlegung von der Erkenntnis zur Tat machte der Verband mit der Gründung einer Fachschule, zu der im Laufe der Jahre noch Dozentenschulen gekommen sind. Die Mutterschule liegt in Brewster's Home (Maschinenmeisterheim) im Staate Tennessee...

Die Wirtschaftskrisen wurden vor einigen Jahren zu den andern beiden Krisen festgestellt, als der Verband beschloß, seine Tätigkeit weiter auszuweiten. Der Fachschule würde eine besondere Abteilung, Engineering Department angegliedert, der als Zweck die Verbesserung des Druckes von Zeitungen usw. gesetzt wurde...

Wohl Verbände der Maschinenmeister wird sehr lebhaft von dieser Einrichtung gesprochen; auch die Verleger, Druckereileiter und Faktoren, die sich der Fachschule der Gewerkschaft bedachten, sprechen sich höchst anerkennend aus...

Vom Vorstand des Maschinenmeister-Verbandes wird über die Wirtschaftskrisenbildung gesagt: Deren Hauptursache liegen teils wirtschaftliches Verhältnis mit einem Zeitungsverweiger. Sie denken nicht daran, irgendeinen Faktor oder Gehilfen zu ersetzen...

Auch nach Ablauf eines Tarifvertrages ist der im Tarifvertrag vorgelebene Erholungsurlaub weiter zu gewähren. Nach dem Reichsministerialrat für das deutsche Holzgewerbe...

Ausgezogen ist von der Erwägung, daß der auf Grund eines Tarifvertrages den Arbeitnehmern zuzehende Anspruch auf Urlaub keineswegs als ein Geschenk des Arbeitgeberes anzusehen ist, sondern als ein Teil der den Arbeitnehmern für ihre Arbeitsleistungen zuzuführenden Vergütung...

Das Landgericht hat sich damit auch der von uns vertretenen Ansicht angeschlossen, daß abgelaufene Tarifverträge in den Arbeitsverträgen weiter wirksame Ansprüche aus Tarifverträgen können nach Ablauf derselben auf Grund des Arbeitsvertrages erhoben werden.

Aus dem Steinbrudgewerbe.

Bohrtorbestimmte im Steinbruch bringen uns jeberzeit Überbräuhungen von Seiten des Schupberbahnes. Diesmal wären aber unsere Erwartungen weit übertrieben. Mittler dem 27. August rühtigste mir mit 14tägiger Frist die Bohrtorbestimmte zum 1. September und unterbreiteten eine Bohrtorbestimmung von 20 Proz....

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands. Nürnberg.

Befristete Forderung zum 27. August. Eine gestern stattgehabte Mitgliederversammlung hat sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß unsere Betriebe eine weitere Belastung nicht ertragen können und aus diesem Grunde Ihre Forderung auf eine netterliche Lohnhöhung abgelehnt werden müsse...

Verband Deutscher Steinbrudereibesitzer, Kreis Nordbayeren. Dr. Köhler.

Nach unsererseits Anrufen, dem wir sofort nachgekommen sind. Ehe Verhandlungen stattgefunden, stellten unsere Mitglieder die Überbräuhungen an unser Lohnforderungen in den einzelnen Betrieben. Dieser Anschlag auf den Unternehmerprofit fand keine Niederschlag in einer Erklärung des Syndikats Dr. Köhler: „Wir können nicht verhandeln, bis der tarifliche Zustand wieder hergestellt ist.“...

In kürzlich befristeter Versammlung konnte der Beschluß rückgängig gemacht werden, darauf fand neuer Termin statt. Der Erfolg ist der nachstehende rechtsverbindliche Schlußspruch, dessen Aufbauer bis Ende des Jahres geht.

Table with 3 columns: Item description, Amount, and Date. Includes entries for 'Stellungsänderungen', 'Sonstige Hilfsarbeiter u. Stoßträger', 'Kategoriekennet jedes Alters', etc.

Die Zukünfte werden gezahlt ab 19. September. Unsere Mitglieder haben sich mit dem Ergebnis der Lohnbewegung abgefunden, gleichzeitig aber beschloßen: Das gesamte Hilfspersonal im Steindruck zählt freiwillig einen um 10 Pf. erhöhten Verbandsbeitrag.

Konferenz der Zahlstellentaffierer im Gau 9 (Hannover).

Am Sonntag, den 27. September, traten die Ortsaffierer des Gaus 9 in der festlich decorierten Parteischule im Gewerkschaftshaus zusammen. Im Vordergrund des Saales, umrahmt von Blumen und grünen Pflanzen, grüßte das Bild der tapferen Vorkämpferin und Gründerin des Verbandes, unserer unvergesslichen Kollegin Paula Thiede. Wie Feuerkammern leuchtete das Rot des Sozialismus und der Bruderverliebe von der Decke. An den Wänden, zwischen den Büsten der Pioniere der Arbeiterbewegung, die Fahnen der 48er Freiheitstämpfer, zeigt die Farben der deutschen Republik.

Der Gauleiter Kollege Spartzahl eröffnete um 10 1/2 Uhr die Tagung und begrüßte im Auftrag des Gauvorstandes und der Zahlstelle Hannover die Delegierten und den Vertreter des Hauptvorstandes, Kollegen Lobdahl-Berlin, sowie die Gäste. Durch die Beschlüsse des Verbandstages sei die heutige Konferenz eine Notwendigkeit geworden. Die Neueinführung der Krankenunterstützung sowie die Erweiterung der übrigen Unterstützungsleistungen, die Beitragsfrage und alle finanziellen Angelegenheiten des Verbandes erfordern eine klare Aussprache mit denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die diese schwierige Arbeit in den Zahlstellen zu leisten haben. Auf den Gattungen sei meistens der Vorherrscher der Zahlstelle vertreten, so daß die kassentechnischen Erläuterungen dort wenig Zweck hätten. Als Tagesordnung war festgelegt: 1. Mittelungen, 2. Beitrags- und Unterstützungsleistungen sowie kassentechnische Fragen nach den Beschlüssen des Verbandstages in Hamburg, 3. Freie Aussprache, 4. Beschlüsse. Den Vorsitz übernahm Kollege Spartzahl, als Schriftführer wurde Koll. Wambacher-Hannover gewählt. Anwesend waren laut Präsenzliste 19 Delegierte, der Gauleiter sowie vom Hauptvorstand Kollege Lobdahl. Außerdem von der Zahlstelle Hannover vier Unteraffierer der Großbetriebe. Entschuldigt fehlten die Ortsaffierer von Hildesheim und Minden.

Zum 1. Punkt sprach der Hauptaffierer, Koll. Lobdahl-Berlin. Er begrüßte es zunächst, daß ihm Gelegenheit gegeben sei, mit den Ortsaffierern des Gaus 9 in Verbindung zu kommen, da durch das jetzige Abrechnungssystem er nur mit den Gauleitern die Kasseneinsätze zu erledigen habe, im Gegensatz zu früher, wo er mit allen Verbandsorten in Verbindung gekommen wäre. Die Stellung eines Ortsaffierers sei in sehr hohem Maße eine Vertrauensstellung, dessen sich die Mitglieder und der Kassierer stets bewußt sein müssen. Der Redner führte dann die einzelnen Beschlüsse des Verbandstages auf, soweit diese eine Änderung der finanziellen Bestimmungen des Statuts mit sich brachten. Durch das neue Statut sind die Beiträge nach den Wochenlöhnen der Mitglieder abgestuft, wobei ganz besonders auf die neue Bestimmung hingewiesen werden muß, nach der die Mitglieder nur dann ein Anrecht auf Unterstützung besitzen, wenn von ihnen die Beiträge in der richtigen Höhe gezahlt werden. Mit einer Ersparnis von vierzig bis 10 Pf. schädigen sich somit die Mitglieder selbst. Es bleibe natürlich den Zahlstellen vorbehalten, nur einen Teil der Beitragsklassen einzuführen, zur Vereinfachung der Geschäftsführung. Erstrebenswert werden müsse ferner eine einheitliche Beitragsaffizierung. Diese Frage sowie auch die Einführung neuer Formulare für das Kassensystem, die den heutigen Verhältnissen angepaßt werden, sollen auf einer demnächst stattfindenden Konferenz der Gauaffierer besprochen werden. Zur Vermeidung von Markenverlusten könne er das Berliner System empfehlen, wonach am Lohnbogen von den Mitgliedern die Beiträge entrichtet und dann erst für die einstellende Summe die Marken vom Bureau geholt werden. Die Krankenunterstützung sei eine außerordentliche Belastung für die Finanzen der Organisation. Schon deshalb, weil durch den Aufbau an der Gesundheit, der durch Unterernährung in den Kriegsjahren und Inflationsverhältnissen der Arbeiterklasse sich sehr verschlechtert haben. Wenn diese Unterstützungen nicht beibehalten werden soll, müssen die Beiträge unbedingt regelmäßig und in der richtigen Höhe bezahlt werden. Der Hamburger Verbandstag habe die Arbeitslosenunterstützung bei gleichbleibenden Beiträgen um circa 30 Proz. erhöht und außerdem noch die Krankenunterstützung neu eingeführt, während die Beitragsenthebung, obwohl unsere Mitglieder seit der letzten Beitragsfestsetzung 40 bis 50 Proz. Lohnerhöhung erhielten, besonders für die weiblichen Mitglieder recht behaftet geblieben ist. Großer Wert müsse in den Ortsverwaltungsausschüssen auf die Auswahl der Revisoren gelegt werden, da etwaige Verluste nach dem neuen Statut von der Zahlstelle zu tragen sind. Eine regelmäßige, vierzehntägige Einforderung von Kontobeträgen ist notwendig, einmal, um die Verantwortung des Kassierers nicht unnötig zu steigern, dann aber auch, um diese Gelder der Gewerkschaftsbank zuzuführen, die diese Summen zu Zwecken verwendet, die im Interesse der organisierten Arbeiterklasse liegen. Nachdem Koll. Lobdahl das ganze Gebiet des Beitrags- und Unterstützungswezens in klarer und eingehender Weise erörtert hatte, schloß er seine Ausführungen, denen die Delegierten mit großem Interesse gefolgt waren, mit dem Wunsche, daß eine rege Aussprache zur Klärung der Fragen stattfinden möge.

Ueber das vom Referenten behandelte Thema sprachen dann die Kollegen Spartzahl, Brandes, Bräuner, Klafsch, Wambacher, Müdders, Just, Niehus, Dertwinkel und Twellst. Von mehreren Rednern wurden die außerordentlichen Schwierigkeiten beleuchtet, unter denen die Organisation an ihrem Orte zu kämpfen hat. Das größte Hemmnis ist die Personenfrage, da geeignete Funktionäre oft nicht zu haben sind. Manche geeignete Mitglieder können aus Bequemlichkeit die Liebernahme von Vertrauensposten ab, so daß immer nur einige wenige die ganze Arbeit verrichten müssen. Die Schwierigkeit der Beitragsaffizierung in den Betrieben lasse erkennen, wie trotz Tarifvereinbarung manche Firma ihre alte Verbandszugehörigkeit in der gebüßten Weise zum Ausdruck bringen. Bezüglich der Form der Einkassierung, die mit oder ohne Marken, waren die Redner der Meinung, daß dieses den einzelnen Orten überlassen bleiben müsse.

Kollege Spartzahl ging dann auf die Ausfertigung der Abrechnungsschemata ein, deren einzelne Positionen er erläuterte.

Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Lobdahl, der auf die in der Aussprache gestellten Fragen antwortete, wurde im Punkte Verschiedenes zunächst ein Antrag der Zahlstelle Detmold verlesen, der verlangt, daß der nächste Gattungsbeitrag in Detmold abgehalten werden soll. Der Gauvorstand, dem die Festsetzung übertragen war, ist damit einverstanden. Kollege Spartzahl wies auf die neueste Taktik der Kommunisten hin, die auf einmal wieder in glühender Liebe zu den Gewerkschaften entrannt sind, daß sie aber trotz allem Einheitsgeschrei nicht daran denken, das Jellenbauen zu unterstützen, um ihre parteipolitischen Zwecke zu fördern. Es sei deshalb überall Vorsicht am Platze, um nicht Leuten die Führung zu überlassen, die lediglich für Wostau, aber nicht im Interesse der Gewerkschaften tätig sind. Ueber Agitation in den Kleinbetrieben sprach dann Kollege Wambacher, der die Erfahrungen der Zahlstelle Hannover auf diesem Gebiet schildert. Kollege Spartzahl empfahl den Delegierten, in ihren Orten die hier erhaltenen Anregungen zur Durchführung zu bringen im Interesse einer geordneten Kasseeinführung und zum Nutzen der Organisation. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die Konferenz um 4 Uhr geschlossen.

Aus den Zahlstellen.

Berlin. Mitgliederversammlung vom 30. September 1925. Die gut besuchte Mitgliederversammlung hörte zunächst einen Vortrag des Leiters der Berliner Gewerkschaftsschule, Gen. Friede, über „Schutzvoll, Steuern, Kräfte und Gewerkschaften“.

Ausgehend von einer in der Öffentlichkeit geführten Diskussion, in welcher von Unternehmerseite immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, daß nur die Gewerkschaften mit ihren hohen Lohnforderungen an der Krise schuld seien, zeigte der Redner die wahren Ursachen auf, welche den sogenannten Wucherungsprozess der Wirtschaft herbeiführen und beschleunigen. Teilweise noch ein Erbe aus der Inflation, ist es hauptsächlich die Leberfälligkeit in Industrie und Handel, welche die Wirtschaft nicht mehr rationell arbeiten läßt. Beweissträftig kann nachgewiesen werden, daß auch heute noch die Löhne ein Fünftel bis ein Sechstel unter denen der Vorkriegszeit liegen und die Behauptung von den 60 bis 70 Proz. über Vorkriegslöhnen eine bewußte Fälschung der Öffentlichkeit ist. Der sich jetzt zeigende Wucherungsprozess ist ein notwendiger Reinigungsprozess, und die Arbeiterklasse hat nicht notwendig, ihn zu bedauern. Die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften ist berechtigt, der Vorstoß der Unternehmer begreift lediglich, diese Einschränkung der Gewerkschaften zu schwächen und abzumauern. Leider hat die Arbeiterklasse durch ihre inneren Kämpfe noch nicht die Konsequenzen gezogen wie die Unternehmer, welche durch ihre organisatorische Zusammenfassung Politik und Wirtschaft beherrscht. Die Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse muß beendet werden, damit sie ihren alten wirtschaftlichen und machtpolitischen Einfluß wiedererlangt.

Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht.

Zum Punkt 2 teilte Kollege Stolz mit, daß wieder neue Kurze durch den Ortsvorstand eingereicht sind, für die der Gen. Friede und Dr. Joachim als Lehrer gewonnen wurden. Alle Kollegen können daran teilnehmen. Meldungen werden im Bureau entgegengenommen. Die Beitragswahl ergab die Wahl des Kollegen Reinhold Schulz als Beitragsmitglied. Für den Beschluß des Ortsvorstandes, die Sterbeunterstützung auf 40 und 90 Mk. für Kindererbefälle auf 20 Mk. festzusetzen, wurde die Genehmigung durch die Versammlung erteilt. Nach Beendigung des Schriftleiterstreits zeigen sich noch hier und da Differenzen. Die immer ungleichlicher gewordenen Verhältnisse in unserem Arbeitsnachweis und Bureau haben den Ortsvorstand veranlaßt, nachdem es sich als unmöglich erwiesen hat, geeignete Mieträume anderweitig zu finden, den Zuständen durch den Ankauf eines eigenen Hauses ein Ende zu machen. Eine Funktionärverammlung hat sich schon damit beschäftigt und der notwendigen Finanzierung durch Erhöhung der Ortsbeiträge um 10 und 20 Pf. zugestimmt, vorbehaltlich der Zustimmung der Mitgliederversammlung. Außerdem sollen Hausfondsmarken von 50 Pf. und 1 Mk. ausgegeben werden, welche von den Mitgliedern freiwillig erworben werden können. Fast alle Redner begrüßten in der Vorrede dieses Projekt und stellten die Notwendigkeit der vorgelegten Verringerung fest. Der Antrag der Verwaltung und Funktionärverammlung betr. Finanzierung wurde gegen sehr wenige Stimmen angenommen, nachdem noch von verschiedenen Seiten vorgeschlagen wurde, die Leberfunden und Extranzüchler für den Hausfond besonders heranzuziehen. Ein anderer Antrag, welcher verlangte, daß ein Teilnehmer der Ausland-Delegation in der nächsten Versammlung Bericht erstatten soll, wurde zum Schluß der Versammlung abgelehnt.

Dortmund. Am 29. September fand im Weisenburger Hof unsere leider nur mäßig besuchte Generalversammlung statt, in welcher wir mal wieder das Vergnügen hatten, unseren Gauleiter Heilmann in unserer Mitte begrüßen zu können. Nach kurzen Begrüßungsworten teilte Kollege Stempel mit, daß eine am 26. August stattgefundene Funktionärversammlung für die streitenden Mitglieder im Schriftleiterstreit die Summe von 100 Mk. bewilligt habe. Die Anwesenden gaben zu diesem Beschluß nachträglich ihre Zustimmung. Des ferneren konnte Kollege Stempel mitteilen, daß die seinerzeit von zwei unehrlichen Einzelgängerinnen unterzeichneten Beiträge nach Zufindung eines gerichtlichen Zahlungsbefehls teils gleich bezahlt worden sind, teils in wöchentlichen Raten an die Ortsverwaltung abgetragen werden, so daß in diesem Quartal die unaufrichtige Angelegenheit ihre Erledigung finden wird. Am 8. Oktober beginnt unter Leitung von zwei tüchtigen Vertretern ein Arbeiteramarierkursus. Mitglieder, die Interesse haben, wollen sich rechtzeitig anmelden. Sodann gab Kollegin Wernicke einen ausführlichen Kasseebericht vom 2. Quartal. Der Stand unserer Lokaltasse von 165 Mk. kann nicht als günstig angesehen werden, so daß eine Erhöhung unserer Lokaltasse unbedingt erforderlich war. Unserer Kassiererin wurde auf Antrag Entlastung erteilt. Hierauf ergriff Kollege Heilmann das Wort zu seinem Referat: Gewerkschaftliche Streitfragen. Zu diesem Thema boten die Verbände der Buchbinder und Lithographen sowie unserer Organisation genügend

Stoff, um Heerschau zu halten über die dort gefaßten Beschlüsse. Ausgehend von den Beweggründen, die zum Zusammenstoß der graphischen Hilfsarbeiterklasse führten, begründete Redner eingehend seine Stellungnahme zum Industrieverband, der ja gerade auf letztgenannten Tagungen lebhaft Debatten ausgelöst habe. Wenn auch der Zeitpunkt zum Zusammenstoß der graphischen Organisationen noch nicht gekommen sei, so gehen wir doch Zeiten entgegen, wo durch den massenhaften Ausbau unserer Betriebe auch der ungelernete Arbeiter mehr in den Produktionsprozess hineingezogen wird. Auch forderte der Referent die Anwesenden auf, sich öfter und eingehend um ihre wirtschaftliche Lage zu kümmern. Die von der Regierung proklamierte Preisentsetzungaktion sei ein Umling, da man nicht auf der einen Seite das deutsche Gebiet mit Zollgrenzen umgeben und auf der anderen Seite die Preise senken könne. Von unseren Arbeitgebern sei nichts zu erwarten, wir sind nur auf unsere eigene Kraft angewiesen. Je stärker unsere Organisation ist, desto besser werden wir den Unternehmern ein Paroli bieten können, um bei kommenden Verhandlungen das bisher Erreichte nicht nur halten, sondern noch weitere Verbesserungen herauszuholen zu können. Der am Schluß seiner Ausführungen einsehende Beifall bezeugte, daß Kollege Heilmann das Richtige getroffen hatte. In der Diskussion wurde zunächst einmal Klage darüber geführt, daß die in dem großen Betriebe der Firma Ruhfuß beschäftigten Kolleginnen es nicht für nötig hielten, sich reiflos unserer Organisation anzuschließen. Der anwesende Betriebsratsvorsitzende der Firma, Kollege Wäuser, versprach auch hier Remedur zu schaffen. Kollege Hempel führt Beschwerde darüber, daß das Verhältnis zwischen gelerntem und ungelerneten Arbeitern nicht so ist, wie es eigentlich sein soll. In seinem Schlußwort ging Kollege Heilmann auf verschiedene Punkte noch näher ein, nochmals betonend, fester denn je treu zur Organisation zu stehen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten unserer Zahlstelle erledigt wurden, fand die — wie bereits oben erwähnt — leider so mäßig besuchte Versammlung ihren Abschluß. Lang und heftig hielten unsere Mitglieder noch einige Stunden beisammen.

Wlogau. In der am 11. September stattgefundenen Versammlung der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Fieming-Wistoft M.-G. konnten wir den Gauleiter Kollegen Reinhold aus Breslau begrüßen. Kollege Reinhold gab einen Bericht über die Auswirkung der neuen Zollgesetz. Er konnte uns an einigen Beispielen den Nachweis erbringen, daß die neuen Zollgesetz für uns nichts Gutes erhoffen lassen. Anschließend an diesen Bericht wurde über unsere Lohnverhältnisse gesprochen. Nach einer lebhaften Diskussion wurde einstimmig der Antrag angenommen, das bestehende Lohnabkommen zu kündigen. Gleichzeitig wurde beschlossen, nicht mehr ohne Kollegen Reinhold zu verhandeln, da es nicht angängig ist, daß die Unternehmer sich ihre Leute zum Verhandeln aussuchen. Es ist nur bedauerlich, daß sich so wenige Kolleginnen und Kollegen an der Aussprache beteiligen und nicht den Mut finden, ihre Meinung offen zu äußern, damit unsere Gewerkschaftsleitung die Wünsche jedes einzelnen kennen lernt. Kollege Hentschel gab einen Bericht über den Gang der Lohnverhandlungen der Zierdruckenfabrik Lindenbrück. Zum Schluß ermahnte Kollege Reinhold die Kolleginnen und Kollegen, treu zum Verband zu stehen und nicht den Mut zu verlieren, wenn es einmal nicht so gehen sollte, wie es sich die Kollegen wünschen.

Literatur.

Paul Kampffmeyer: „Die erste deutsche Revolution“. 3. B. 2. Dieb. Nachf., Berlin. Preis: Inkontenr. 80 Pf.

Fehlinger, Hans: Die deutsche internationale Arbeiterkonferenz 1925 in Genf. 16 S. 1925. Verlagsgesellschaft des VDB. 60 Pf.

Es ist zu begrüßen, daß auch über diese Konferenz nunmehr ein Bericht im Deutschland erschienen ist, der zeigt, welche Möglichkeiten in der internationalen Zusammenarbeit für die Arbeiterklasse bestehen. Neben der sich über die Tätigkeit der internationalen Arbeiterkonferenz untersuchen will, die als ein wissenschaftliches Dokument für Sozialpolitik betrachtet werden könnte, sollte diese keine Beschränkung in die Hand nehmen.

Walter Seiwisch: Ausland im Sicht ausländischer Gewerkschaften. Kritische Besprechung des Berichtes der englischen Gewerkschaftsdelegation über Stufland. 32 S. 1925. Verlagsgesellschaft des VDB. 80 Pf.

Walter Seiwisch in seiner Schrift gründlich und ohne Rücksichtnahme mit der englischen Gewerkschaftsdelegation für Stufland ab, der er mit begründeter Offenheit die von ihr bezeugten Fehler nachweist. Neben der Schrift von Friedrich Adler die die vorliegenden bzw. dienen, die wörtlichen Verhältnisse in Ausland ins rechte Licht zu legen.

Cläre Wenzel-Bugau: Das proletarische Deutschland. Ein Rückblick aus unserer Zeit. Band 5 der Jugendbücher der Neuen Gesellschaft. 96 S. 1.— Mk. Im Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Besendorf.

Abrechnungen.

In der Woche vom 28. September bis 3. Oktober sind aus Hannover für Gau 9 2500 Mk. als zweite Rate für das dritte Quartal bei der Hauptkasse eingegangen. Berlin, den 3. Oktober 1925.

H. Lobdahl.

Berlin.

Karten zu den „Proletarischen Feiern“, die am Sonntag, den 8. November 1925, um 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus beginnen, sind noch im Bureau der Ortsverwaltung erhältlich. Zeichnungslisten für alle fünf Veranstaltungen liegen im Bureau aus. Der Eintrittspreis stellt sich danach für alle fünf Veranstaltungen auf 4 Mk. Die Eingelassene kostet für eine Feuerfunde ohne Orchester 1 Mk., mit Orchester 1,20 Mk.

Ebenfalls sind noch Karten für die internationalen Volkstänze und Volkslieder am 25. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Straße, im Bureau zu haben. Eintrittspreis 1,20 Mk.

Für die Woche vom 12. bis 17. Oktober ist die Beitragsmarke in das mit 42 beschriftete Feld des Mitgliedsbuchs oder der Karte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulze, Charlottenburg. Verantwortlich 16. Fernruf: Amt Berlin 1928. — Verlag: H. Lobdahl, Charlottenburg. — Druck: Scherz's Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft, Paul Singer u. Co., Berlin G. B. 68.